

SPD entscheidet sich für Branchenlösung

Der Parteivorstand der SPD hat sich für die Branchenlösung Vereine/Verbände auf Basis von Microsoft Business Solutions-Navision entschieden. Die Branchenlösung, die von dem Microsoft Business Solutions Partner GOB Software & Systeme entwickelt wurde, integriert Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Warenwirtschaft und die Haushaltsstellenrechnung als Bestandteil der Haushaltsverwaltung. Eine zentrale Datenbank wird die Vielzahl verschiedener Insellösungen ablösen und gewährleistet ein einheitliches Datenmanagement. Externe Nutzer in den Organisationen können durch die Integration des Commerce Portals über das Internet Werbematerialien wie Bücher, Plakate oder Kalender bestellen. Die Regierungspartei in Berlin möchte mit der neuen Verwaltungssoftware unter anderem die Datentransparenz für ganzheitliche Bewertungen verbessern und aussagekräftige Ergebnisse auf Knopfdruck erzielen. Als Starttermin ist der 1. Juni 2004 geplant. In einem zweiten Projektabschnitt können die Bezirke die gleichen Software-Funktionalitäten nutzen.

Weitere Informationen: Microsoft Presseservice, Fürstenriederstraße 62, 80686 München, Telefon: (089) 3176-5000.

Migration eines Content-Management-Systems

Der IT-Dienstleister MATERNA GmbH hat sein Mitarbeiter-Portal auf das Content-Management-System (CMS) von CoreMedia und die Portal-Technologie von abaXX migriert. Das verwendete Migrationskonzept ist Teil des MATERNA-eigenen Masterplans für die Durchführung von Content-Management-Projekten. Zu den Phasen eines Standard-Migrationsprozesses gehören Konzeption und Planung, Pilotierung, Durchführung der Migration, Test und Qualitätssicherung.

Vielfach lösen eine Reihe typischer Kriterien den Migrationswunsch aus:

- Die Content-Pflege soll deutlich beschleunigt werden.
- Das System soll skalierbarer und hochverfügbar werden.
- Bei der Erstellung und Anpassung von Eingabemasken ist mehr Flexibilität gefordert.
- Die Zukunftssicherheit des Herstellers ist ungeklärt.

Ein wichtiges Marktsegment für CM-Systeme ist die öffentliche Verwaltung.

Weitere Informationen: MATERNA GmbH, Christine Siepe, Voßkuhle 37, 44141 Dortmund, Telefon: (0231) 5599-168, E-Mail: Christine.Siepe@Materna.de.

Polizei Bayern entscheidet sich für die Biometrie-Lösung FIT

Das Landeskriminalamt (LKA) Bayern modernisiert sein IT-gestütztes erkennungsdienstliches Verfahren mit der FIT-Lösung des IT-Dienstleisters Steria. FIT steht für Fingerprint Image Transmission und ist eine Software, die Fingerabdrücke und andere biometrische Merkmale, wie Gesichtszüge oder Unterschriften, mit höchster Sicherheit an nationale Datenbanken zur Prüfung der Identität von verdächtigen Personen übermittelt. Der europäische IT-Dienstleister Steria hat gemeinsam mit Experten die nächste Generation von FIT entwickelt. Steria übernimmt die Implementierung der neuen Hard- und Software beim LKA und bei über 80 Dienststellen der Bayerischen Polizei und integriert FIT in das bereits bestehende Informations- und Auskunftssystem INPOL der Bayerischen Polizei. Ziel des Projektes ist es, den Erkennungsdienst-Beamten ein Workflow-gestütztes Arbeiten zu ermöglichen und Daten schneller an das Bundeskriminalamt (BKA) übertragen zu können. Dies fördert die effektive Bekämpfung des organisierten Verbrechens und terroristischer Netzwerke.

Weitere Informationen: Steria GmbH, Birgit Eckmüller, Telefon: (6103) 761-4511, E-Mail: birgit.eckmueller@steria.de.

Öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen: Deutschland hat noch Nachholbedarf

Dass die Durchsetzung eines einheitlichen öffentlichen Rechnungswesensystems auf der Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor, den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS), in weiter Ferne liegt, zeigt die von PricewaterhouseCoopers (PwC) begleitete Studie Reforming Governmental Accounting and Budgeting in Europe. Die Studie wurde unter der Leitung von Professor Klaus Lüder, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, und Professor Rowan Jones, Universität Birmingham, von renommierten Wissenschaftlern aus neun europäischen Ländern erstellt. Die akademischen Länder-Experten wurden hierbei durch das europäische Netz von PwC unterstützt und konnten auf diese Weise detaillierte Eindrücke in die praktische Implementierung von Reformkonzepten durch PwC gewinnen.

Diese von 2001 bis 2003 durchgeführte Studie vergleicht erstmals das öffentliche Haushalts- und Rechnungswesen sowie die Rechnungslegung von neun europäischen Staaten und der Europäischen Kommission in allen Gebietskörperschaften – von Kommunen über Bundesländer bis hin zur Staatsebene. Die untersuchten Länder sind: Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Schweden, Schweiz und Spanien.

Die vollständige Studie Reforming Governmental Accounting and Budgeting in Europe, herausgegeben von Klaus Lüder und Rowan Jones. November 2003, 1.080 S., 98,00 EUR, ISBN 3-934803-13-X, Fachverlag Moderne Wirtschaft) kann bestellt werden unter: <http://www.pwc.com/euro-cigar>.

Weitere Informationen: Dr. Norbert Vogelpoth, PricewaterhouseCoopers, Telefon: (0201) 438-1500, E-Mail: norbert.vogelpoth@de.pwc.com.

Bundesministerium des Innern verlängert Rahmenvertrag mit Microsoft bis 2007

Das Bundesministerium des Innern (BMI) und Microsoft haben die Verlängerung des bestehenden Lizenzrahmenvertrages für das Microsoft Select-Programm um weitere drei Jahre vereinbart. Dies ermöglicht es Bund, Ländern und Kommunen, weiterhin besonders günstig Microsoft-Produkte zu erwerben.

Grundsätzlich gelten auch künftig die bisherigen Konditionen. Darüber hinaus enthält der neue Vertrag in einigen Bereichen deutliche Verbesserungen für die Öffentliche Verwaltung. Microsoft unterstreicht damit seine Zielsetzung, die Vertragsbeziehungen mit der Öffentlichen Verwaltung stärker auf deren Anforderungen auszurichten.

Weitere Informationen: Microsoft Presseservice, Fürstenriederstraße 62, 80686 München, Telefon: (089) 3176-5000.

IT-Dienstleister gedas feiert zwanzigjähriges Unternehmensjubiläum

Der international tätige IT-Dienstleister gedas AG feierte im November 2003 sein zwanzigjähriges Unternehmensjubiläum. gedas wurde 1983 unter dem Namen »VW-GEDAS« gemeinsam von Volkswagen, den Schleicher Relaiswerken und dem Land Berlin gegründet. 1994 übernahm die Volkswagen AG sämtliche Anteile des IT-Unternehmens. Aus den anfänglichen drei Mitarbeitern wurden inzwischen 5.000 Beschäftigte weltweit.

Weitere Informationen im Internet unter: www.gedas.de.

Arbeitsgruppe zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes?

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat dem Bund eine Zusammenarbeit bei der Modernisierung des öffentlichen Dienstes vorgeschlagen. Auf der öffentlichen Veranstaltung des dbb am 10. Dezember 2003 in Berlin regte er gegenüber dem anwesenden Bundesinnenminister Schily an, hierzu unverzüglich eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen. Als Grundlage für die Verhandlungen schlug Heesen das »Reformmodell 21« vor, das der dbb Gewerkschaftstag im November verabschiedet hat. Das Konzept fordert die Ablösung des bestehenden wenig flexiblen Laufbahnrechts durch die »Einstiegslaufbahn«. Als weiteren Schwerpunkt der vom dbb angestrebten Beamtenrechtsreform nannte Heesen die Stärkung der Beteiligungsrechte. Der dbb, so der Bundesvorsitzende, sei zu einer durchgreifenden Modernisierung bereit.

Potenziale für Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung besser nutzen

Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Prof. Dr. Dieter Engels, hat am 25. November 2003 in Berlin die Bemerkungen 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt. In 82 Einzelbeiträgen weist der Bundesrechnungshof darin auf unnötige Ausgaben und mögliche Mehreinnahmen in Höhe von etwa 3 Milliarden Euro hin. Die Bemerkungen befassen sich daneben auch intensiv mit den Gründen und Auswirkungen der gegenwärtig kritischen Lage der öffentlichen Haushalte. »Mit 38 Milliarden Euro an Zinsausgaben ist der Bundeshaushalt längst in die Schuldenfalle geraten«, sagte Engels vor der Bundespressekonferenz in Berlin. Er begrüßte, dass nunmehr über die Parteigrenzen hinweg der ernsthafte Wille erkennbar sei, die überfällige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ebenso wie die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme in Angriff zu nehmen. Die dabei geplanten Einschnitte zulasten von Bürgerinnen und Bürgern dürften aber nicht dazu führen, dass die nach wie vor bestehenden Einsparpotenziale auf der Seite des Staates und seiner Einrichtungen in den Hintergrund treten. Engels wies darauf hin, dass die öffentlichen Haushalte wesentlich entlastet werden könnten, wenn die Effizienz der Verwaltung gesteigert, die zweckwidrige Verwendung öffentlicher Mittel vermieden und die dem Staat zustehenden Steuern konsequent erhoben würden. Dazu müssten Transparenz und Kontrolle in der Verwaltung gestärkt und Anreize für effizientes Handeln gegeben werden.

Der vollständige Bericht ist im Internet abrufbar unter www.bundesrechnungshof.de.

Fachtagung Finanztage Berlin 2004

Mit dem Thema »Die Erfassung und Bewertung des Kommunalvermögens – Notwendigkeit, praktische Erfahrungen, Probleme« veranstaltet das Kommunale Bildungswerk e.V. am 18. und 19. März 2004 in Berlin eine Fachtagung für Leiter und Mitarbeiter von Kämmereien, Steuerungsdiensten, NKF/NKR-Projektgruppen und des Immobilienmanagements der Gemeinden, Städte und Kreise.

Anmeldungen bei: KBW e.V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon (030) 293350-0, E-Mail: info@kbw.de, Internet: www.kbw.de.

Funktionen und Leistungen von NPO

Das 6. Internationales Colloquium der NPO-Forscher findet zum Thema »Funktionen und Leistungen von Nonprofit-Organisationen« am 25. und 26. März 2004 in der Technischen Universität München statt.

Nähere Informationen zum Programm und zur Anmeldung im Internet unter www.npo-colloquium.org.

Entflechtung des öffentlichen Sektors

Hierzu ist bei Routledge, London und New York, ein von Christopher Pollit und Colin Talbot herausgegebenes Werk erschienen, das die globalen Trends zu Agenturen, Quangos und Kontrakt-Management unter die Lupe nimmt (349 Seiten, ISBN 0-415-31448-8).

Neustart Kommune

WirtschaftsWoche Konferenzen und Seminare bieten Führungskräften aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Foren für Know-how-Transfer und Erfahrungsaustausch. Am 27. und 28. April 2004 wird in Berlin die Konferenz »Neustart Kommune. Haushalte konsolidieren – die Leistung für die Bürger steigern« stattfinden.

Nähere Informationen: Euroforum Deutschland GmbH, Michaela Endemann, Telefon: (0211) 9686-3546, E-Mail: anmeldung@euroforum.com, Internet: www.wiwo.de/konferenzen.

Wirkungsorientierte Verwaltungsführung in der Justiz

In der Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW) ist der Band 44 zum Thema »Wirkungsorientierte Verwaltungsführung in der Justiz« erschienen. ISBN 3-908128-44-7. Verlag SGVW, Bern 2003.

Schriftenreihe »Modernisierung des öffentlichen Sektors«

In der »edition sigma« (Rainer Bohn-Verlag, Karl-Marx-Straße 17, 12043 Berlin) sind neu erschienen der Band 21 (Dilek Albayrak, Klaus Grimmer und Thomas Kneissler: Kommunalverwaltung in den neuen Ländern) sowie die Sonderbände 19 (Michael Kopatz (Hrsg.): Reformziel Nachhaltigkeit – Kommunen als Mitgestalter einer nachhaltigen Entwicklung), 20 (Leo Kißler, Ralph Greifenstein und Elke Wiechmann: Kommunale Bündnisse für Arbeit – Neue Perspektiven für die Zukunft der Arbeit in den Städten) und 21 (Hugh Mosley, Holger Schütz und Günther Schmid unter Mitarbeit von Kai-Uwe Müller: Effizienz der Arbeitsämter – Leistungsvergleich und Reformpraxis).

Seminarprogramm 2004

Das Kommunale Bildungswerk e.V. Berlin hat sein Seminarprogramm für das erste Halbjahr 2004 vorgelegt. Weitere Informationen: www.kbw.de.

Bitte um Mithilfe bei einer Innovation

Die Apparatur zur Anfertigung »kollektiv bindender Entscheide« (N. Luhmann) bedarf dringend der Fortschreibung und Korrektur. Wäre unsere Politik ein Auto, »sie käme schon seit Jahren nicht mehr durch den TÜV!« (Manfred Rommel).

Ein Beratungsverfahren, das hier gezielt voranhelfen wird, ist das Bürgergutachten durch Planungszellen. Es erarbeitet nämlich Lösungen für aktuelle, aber auch seit langem vor sich hinschwellende Probleme, auch dann, wenn sie bei bestimmten Interessengruppen wenig beliebt sind. Die Vorschläge eines Bürgergutachtens werden von der Bevölkerung positiv aufgenommen, und dann auch von der Politik: Das Gruppenverfahren PZ produziert Akzeptanz für dringend anstehende Probleme. Und das dürfte genau das sein, was unsere blockierte Situation heute braucht.

Mehr oder weniger unbewusst wird dieses Beratungsverfahren von Personen, die hier fälschlicherweise einen Machtverlust vermuten, nicht zur Kenntnis genommen. Die Durchführung konkreter Projekte, und damit die schrittweise Einführung dieser Beteiligungsmöglichkeit, bedarf daher zunächst immer einer Anschubfinanzierung. Hier bittet Professor Dr. Peter C. Dienel von der Bergischen Universität Wuppertal um Mithilfe! Für Ihre Spende (absetzbar) steht zur Verfügung: Bürger planen Umwelt e.V., Kto.-Nr. 0276906508, BLZ: 37010050, Postbank Köln.

6. Speyerer Planungsrechtstage

Vom 10. bis 12. März 2004 finden unter Leitung von Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer die 6. Speyerer Planungsrechtstage zum Thema »Aktuelle Probleme des Fachplanungs- und Raumordnungsrechts« statt.

Nähere Informationen und Anmeldung: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Telefon: (06232) 654-362, E-Mail: ziekow@dhw-speyer.de, Internet: www.dhw-speyer.de/weiterbildung.

Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung wählt neue Vorsitzende

Die AKD, der bundesweit größte Verband kommunaler IT-Dienstleister, mit Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen, Sachsen, Bremen und Niedersachsen, hat am 4. Dezember 2003 die Führung seines höchsten Entscheidungsgremiums neu gewählt. Nach vierjähriger Amtszeit stand Gerd Kirchhoff, Stadtdirektor der Stadt Bochum, auf eigenen Wunsch nicht mehr zur Wahl. Als neue erste Vorsitzende wurde einstimmig Ulrike Lühr, Dezernentin der Landeshauptstadt Düsseldorf für Informationstechnik und Organisationsentwicklung, gewählt. Als ihr Vertreter wurde Herr Landrat Rudolf Kersting, Kreis Kleve, in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsteher des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt. Die AKD vertritt mit ihren über 30 Mitgliedern knapp 2.500 Kommunen mit 30 Millionen Einwohnern und ca. 200.000 IT-gestützten Arbeitsplätzen.

Weitere Informationen: Herbert Wilgers, AKD Geschäftsstelle, Lise-Meitner-Allee 4, 44801 Bochum, Telefon: (0234) 43870240, E-Mail: wilgers@ifaks.de.

DOMEA-Zertifizierung

»FileNet Government«, das speziell für die Anforderungen deutscher öffentlicher Verwaltungen entwickelte Vorgangsbearbeitungssystem mit integrierter Dokumenten- und Aktenverwaltung, hat von der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) auf Anhieb die DOMEA-Zertifizierung erhalten.

Das auch unter der Bezeichnung »Konzept Papierarmes Büro« bekannte DOMEA-Konzept (Dokumentenmanagement und elektronische Archivierung im IT-gestützten Geschäftsgang) ist von der KBSt entwickelt worden, um alle öffentlichen Verwaltungen bei der Auswahl der geeigneten Lösungen bzw. Anbieter für elektronische Ablage- und Vorgangsbearbeitungssysteme zu unterstützen. Bisher konnten erst wenige Anbieter dem umfangreichen Anforderungskatalog des DOMEA-Konzeptes entsprechen und eine Zertifizierung ihrer Produkte erreichen. Mit der Erteilung des Zertifikats bescheinigt die KBSt der Lösung FileNet Government, dass sie die Kriterien im Anforderungskatalog des DOMEA-Konzeptes erfüllt.

Weitere Informationen: FileNet GmbH, Armin Fourier / Stefan Pfeiffer, Telefon: (06425) 821172 oder (06172) 963-123, E-Mail: afourier@filenet.com oder spfeiffer@filenet.com.

IT-Manager im öffentlichen Sektor setzen auf Outsourcing

IT-Manager im öffentlichen Sektor müssen laut einer europaweiten Studie von Synstar mit weniger mehr erreichen. Dieser Meinung sind 72 Prozent der IT-Manager, die angeben, dass ihre IT-Budgets in den kommenden 12 Monaten gleich bleiben oder weiter gekürzt werden. Die Ergebnisse basieren auf den Aussagen von 700 europäischen IT-Managern, die im Sommer 2003 befragt wurden. Obwohl die IT-Budgets niedrig bleiben, steigen die Ansprüche. 52 Prozent der IT-Manager fühlen sich unter Druck, den über die IT zu erzielenden Geschäftsnutzen zu erhöhen, während 24 Prozent zur Aufgabe gesetzt wurde, die Geschäftskosten zu senken. 37 Prozent der IT-Manager, die bisher noch nie den ROI von IT-Projekten gemessen haben, sehen sich in diesem Zusammenhang mit einer besonderen Herausforderung konfrontiert.

Welche Möglichkeiten sehen die IT-Manager, um mit weniger mehr zu erreichen? 53 Prozent hält dies nur mit selektivem Outsourcing (Managed Services) für möglich. 43 Prozent der IT-Manager sind der Meinung, dass selektives Outsourcing die Möglichkeit bietet, das Preis-/Leistungsverhältnis ihrer Investitionen zu messen und die Service Levels zu garantieren. IT-Manager im öffentlichen Sektor haben sich an die ständigen Budgetkürzungen im letzten Jahr gewöhnt.

Die gesamte Studie steht unter <http://www.synstar.com/files/PPIIVReport.pdf> zum Download zur Verfügung oder ist auf Anfrage auch per E-Mail (apoth@synstar.de) erhältlich.

20 Jahre Volkszählungsurteil

Aus dem 24. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, Landtags-Drucksache 13/2650 vom 1. Dezember 2003, S. 9 (1. Teil: Zur Situation):

... Am 15. Dezember 2003 feiert das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts seinen 20. Jahrestag. Dieser Entscheidung kommt auch nach zwei Jahrzehnten noch immer wegweisende Bedeutung für die Stellung des Bürgers in einem immer mehr auf technische Kommunikation ausgerichteten Gemeinwesen zu. Aus den Grundrechten auf Achtung der Menschenwürde und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wurde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung abgeleitet, das eine Gesellschaftsordnung erst ermöglicht, wie sie das Grundgesetz vor Augen hat. Es lohnt sich, die folgenden Kernsätze der Entscheidung nochmals in Erinnerung zu rufen:

»Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.«

Diese Erkenntnisse sollten nicht nur Erinnerungswert haben, sondern müssen auch heute noch unverändert Handlungsgrundlage für den Gesetzgeber und die öffentliche Verwaltung sein. Die Wirklichkeit wird diesem Anspruch jedoch noch lange nicht gerecht, vor allem wenn man die Entwicklung der letzten Jahre beobachtet. Zunehmend wird der Datenschutz von – wirklichen oder auch nur vermeintlichen – Sachzwängen in die Zange genommen. Dahinter können durchaus zu begrüßende Ziele stehen, wie etwa die gebotene Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte oder das Bedürfnis nach

umfassender Sicherheit der Bürger. Dass der Datenschutz sich nicht auf einer Insel der Seligen befindet und absolute Vorfahrt in allen Lebenslagen beanspruchen darf, hat auch das Bundesverfassungsgericht im besagten Volkszählungsurteil festgestellt:

»Dieses Recht auf »informationelle Selbstbestimmung« ist nicht schrankenlos gewährleistet. Der Einzelne hat nicht ein Recht im Sinne einer absoluten, uneinschränkbar Herrschaft über »seine« Daten; er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit ... Grundsätzlich muss daher der Einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen.«

Mit diesen Grundsatzaussagen ist aber ebenso belegt, dass das Grundrecht auf Datenschutz nur unter bestimmten Voraussetzungen hinter anderen, an sich ebenfalls schützenswerten Interessenlagen zurücktreten muss. Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung müssen immer durch ein »überwiegendes Allgemeininteresse« gerechtfertigt sein. Dieser Grundsatz scheint immer mehr vernachlässigt zu werden und dem Motto Platz zu machen: »Zweckmäßige und kostengünstige Erledigung von öffentlichen Aufgaben geht vor Datenschutz«. Dies wird dem Stellenwert des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung in keiner Weise gerecht. ...

Der vollständige Bericht ist im Internet abrufbar unter www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de.



Matthias Jarke übernimmt Amt des GI-Präsidenten

Die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) hat Prof. Dr. Matthias Jarke von der RWTH Aachen für zwei Jahre zum neuen GI-Präsidenten gewählt. Damit steht er ab dem 1. Januar 2004 an der Spitze der rund 25.000 Mitglieder starken, größten Informatikvertretung im deutschsprachigen Raum.

Nach vier Jahren als Schatzmeister der GI wird Jarke (Jahrgang 1952) Nachfolger von Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich C. Mayr, der die GI vier Jahre lang führte. Jarke nannte in einer ersten Stellungnahme die Intensivierung der Kontakte zwischen IT-Anwendungswirtschaft und Wissenschaft sowie die Qualitätssicherung bei den anstehenden Veränderungen des deutschen Hochschulsystems als seine vorrangigen Ziele. Neben seiner Professur an der RWTH Aachen leitet Jarke das Fraunhofer-Institut für angewandte Informatik FIT und ist im neu gegründeten Bonn-Aachen International Center for Information Technology (B-IT) aktiv.

Weitere Vorstandsmitglieder für die Amtszeit 2004-2005 sind Prof. Dr. Karl Hantzschmann von der Universität Rostock, Dr. Albert Mas y Parareda von der BMW-Group sowie Prof. Dr. Gottfried Vossen von der Universität Münster.

Nähere Informationen im Internet unter www.gi-ev.de/informatik/presse.



Neue AWV-Schrift: Digitale Signaturen in der Praxis

Digitale/Elektronische Signaturen und deren Einsatz in Unternehmen und Behörden wurden in den vergangenen Jahren häufig sehr

kontrovers diskutiert. Vielfach zu Recht, muss man sagen, denn letztendlich geht es doch bei jeder neuen Technologie darum, dem Anwender einen messbaren Nutzen zu bieten. »Vereinfacht eine Technologie mein Leben oder bringt sie mir einen wirtschaftlichen Vorteil?« Dies ist die entscheidende Frage. Doch diese Frage kann für elektronische Signaturen inzwischen mit einem klaren »Ja« beantwortet werden. Neben Hilfestellungen für die Auswahl zeigt das vorliegende Buch zahlreiche Praxisbeispiele für Softwarelösungen in Unternehmen und Behörden, bei denen der Einsatz von Signaturen bestehende Geschäftsprozesse optimiert und Kosten reduziert hat.

Die Verfasser zeigen Knackpunkte bei der Implementierungsplanung und Prozessgestaltung auf und liefern einen Leitfaden, um Signaturlösungen pragmatisch, schnell und rentabel in bestehende IT-Infrastrukturen zu integrieren. Schwerpunktthemen des Praxisteils sind Signaturfunktionalitäten in E-Billing, Scan-Prozessen, Archivierung, Workflow, Beweissicherung im Bau- und Patentwesen und elektronischer Posteingang bzw. Postausgang. Beispiele aus dem internationalen Umfeld wie das »Electronic Postmark (EPM)« der United States Postal Services (USPS), der größten Postgesellschaft weltweit, ergänzen den Praxisteil und zeigen auf, mit welchen globalen Auswirkungen durch den transkontinentalen und flächendeckenden Einsatz von Signaturtechnologien zu rechnen ist und welche hohen Potenziale dies für die Wirtschaft birgt.

Mit Fachbeiträgen und Praxisbeispielen von: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Siemens, Océ, GFT Solutions, Saperion, Deloitte & Touche, T-Systems und vielen anderen.

Die 400 Seiten umfassende Schrift ist erschienen im AWV-Eigenverlag Eschborn 2003 zum Preis von 39,00 Euro (Best.-Nr. 05615, ISBN 3-931193-47-0). Bestellmöglichkeit im Internet unter: <http://www.awv-net.de/schriften/I-05615.html>.

Vorschau auf die kommenden Hefte:

- Hans H. Bauer und Mark Grether: *Öffentliche Verwaltungen im Zeitalter des Customer Relationship Management*
- Gebhard Zimmermann und Thorsten Jöhnik: *Balanced Scorecard und öffentliche Unternehmen*
- Klaus Grimmer: *Verwaltungsmodernisierung und kommunale Organisationsmodelle*
- Martin Koci und Kuno Schedler: *Der gleichzeitige Einsatz von Mitarbeiter- und Kundenbefragungen*
- Karl-Heinz Hasenritter: *E-Learning und Verwaltungsausbildung*
- Jens Rudolph: *Die Reform der EU-Kommission*
- Markus Reiners: *Modernisierung der Landesverwaltung Baden-Württemberg*
- Paul Alpar und Sebastian Pickerodt: *Eine ökonomische Bewertung von Websites deutscher Großstädte*
- Axel Thomas: *Prozessorientiertes Qualitätsmanagement in der kommunalen Wohnungswirtschaft*
- Michael Trick: *Die Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell*
- Hans-Peter Schwöbel: *Mit den Augen lauschen*
- Boris Spieker: *Projektmanagement bei Non-Profit-Organisationen*
- Raimund Otto, Robert Müller-Török und Nadine Wild: *Kommunale Krankenhäuser*
- Hyung-Seo und Yong-Chul Han und Kim: *Der Einfluss der Finanzkrise Südkoreas auf die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft*
- Andreas Gourmelon und Christine Kirbach: *Im Test: Manager und Inspektoranwälter*